

7. Rechtspopulismus und Euroskepsis

FLORIAN HARTLEB

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, äußerte in seiner Grundsatzrede zur »Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011« am 28. September 2011 im Europäischen Parlament in Straßburg seine Sorge: »Populistische Bewegungen stellen die größten Errungenschaften der Europäischen Union in Frage – den Euro, den Binnenmarkt, ja sogar den freien Personenverkehr« (Barroso 2011). Die Sorge geht um, dass vor allem rechtspopulistische Parteien die Krisengewinnler sind, da sie immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene erzielen. So zogen neue Herausforderparteien in die Parlamente ein, etwa bei den Parlamentswahlen im September 2010 in Schweden (»Schwedendemokraten«) und im April 2011 in Finnland (»Wahre Finnen«, mittlerweile in »Die Finnen« umbenannt). Inzwischen kann man von einer »zweiten Generation« des Rechtspopulismus sprechen, da sich in Frankreich und Österreich mit Marine Le Pen (Front National) und Heinz-Christian Strache (Freiheitliche Partei Österreich, kurz FPÖ) erfolgreich die auf die Parteiführer ausgerichteten Parteien erneuert haben. Das Bild ist freilich nicht einheitlich. So mussten die Rechtspopulisten auch Einbußen verzeichnen, zuletzt in den Niederlanden. Bei der von ihr forcierten vorgezogenen Neuwahl vom September 2012 kam die »Partei für die Freiheit« von Geert Wilders nur noch auf 10,1 Prozent. Sie büßte nicht nur 5,4 Prozentpunkte, sondern auch ihre komfortable Position als »Tolerierer« der Minderheitsregierung ein.

■ Relevanz und Begriff

Auch in Osteuropa entfaltet der Rechtspopulismus seine Wirkung. Mitunter wird er durch den starken patriotischen Bezug zur Nation auch als Nationalpopulismus bezeichnet. Populistische Züge weist die mit einer satten Zweidrittelmehrheit ausgestatteten Fidesz-Partei von Viktor Orbán in Ungarn auf. In Polen weist die ebenfalls nationalkonservative Partei »Recht und Gerechtigkeit« manch populistische Merkmale auf. Besonders in ihrer Regierungszeit zwischen 2005 und 2007 unter Einschluss zweier mittlerweile verschwundenen Parteien sorgten die Zwillingsbrüder Jarosław und der mittlerweile tragisch verunglückte Lech Kaczyński für Unruhe in Europa. Bei den Wahlen in Litauen im Oktober 2012 bekam die Partei »Ordnung und Gerechtigkeit« von Rolandas Paksas 7,8% und ist als Juniorpartner an der sozialdemokratisch geführten Regierung beteiligt. Neben diesem häufig als Parteienfamilie apostrophierten Rechtspopulismus (Decker/Lewandowsky 2012) lässt sich das Aufkommen eindeutig neofaschistisch-antisystemischer Formationen verzeichnen, die bei den letzten Wahlen in Griechenland im Mai und Juni 2012 (»Goldene Morgenröte«) und Ungarn im April 2010 (»Jobbik«) sogar in die Parlamente einzogen. Besonders krass ist der Fall »Ungarn«, da die antisemitische und roma-feindliche Jobbik auf fast 17% kam.



Abb. 1 Großdemonstration für die »nationalpopulistische« Fidesz-Regierung von Viktor Orbán in Ungarn am 21.1.2012. Die Demonstranten fühlen sich als Opfer der EU. Die Fidesz-Partei erhielt bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 2010 rund 52 % der Stimmen und 68 % der Sitze im ungarischen Parlament. Im Hintergrund ein Spruchband der rechtsradikale Zeitschrift Demokrat: »Mit Herz und Seele«.

© dpa, picture alliance

Populistische Parteien von links sorgen für eine neue Buntscheckigkeit der europäischen Parteienlandschaft. Bei der Parlamentswahl in Polen im Oktober 2011 kam eine anti-konservative Palikota, benannt nach ihrem Parteivorsitzenden und Namensgeber Ruch Palikota, auf 10,1%. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Slowakei im März 2012 erreichte eine antielitäre »Partei der gewöhnlichen Leute und unabhängigen Personen« 8,6%. Besonders in Deutschland ist die eher linksalternative Piratenpartei, die einen Neuanfang von »digitalisierter Politik in Echtzeit« verfolgt, zumindest zeitweise erfolgreich; sie zog in zahlreiche Landesparlamente ein. Mehr und mehr zeigt die allgemeine Entwicklung, dass schillernde Figuren – Nicht-Politiker, Geschäftsleute oder öffentlich bekannte Figuren wie in Italien der Komiker Beppe Grillo – in die Politik drängen. In Österreich versucht der Geschäftsmann und Milliardär Frank Stronach wie einst erfolgreich Silvio Berlusconi den Einstieg in die Politik. Gemeinsam ist den Tendenzen, dass die etablierten Vertreter von Politik ebenso wie die tradierten Formen von Demokratie unter Druck geraten sind. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die genuin rechtspopulistischen Parteien, hinterfragt nach einer Begriffsklärung ihre thematischen Erfolgsbedingungen – die »winning formula« (Kitschelt 1995) – den Faktor »Persönlichkeit« und ihr Wählerklientel. Am Ende stehen ein Fazit und Perspektiven. Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger bezeichnete die EU in einer Rede in Luxemburg im Mai 2013 als »Sanierungsfall«. Manche Mitgliedsländer würden schlecht regiert werden, zudem grassiere ein Euroskeptizismus. Statt die Wirtschafts- und Schuldenkrise zu bekämpfen, zelebriere Europa »Gutmenschentum« und führe sich als »Erziehungsanstalt« für den Rest der Welt auf (Oettinger 2013). Die derzeitigen Debatten wie der Blick auf das Meinungsklima von den nationalen Medien und Bürgern zeigen, dass bei den Bürgern noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist – in den neuen, aber auch in den alten Mitgliedstaaten der EU.

Dort zeigen sich mittlerweile ganz neue Problemlagen, die durch die Krise vor allem der Südländer entstanden und neue Debatten um Eurobonds und Wendungen wie die »Vereinigten Staaten von Europa« oder »Transferunion« zur Folge haben. Offenkundig geht es nun in der Eurokrise um die ganze Konstruktion der EU und die Finalitätsfrage. Daher sind neben der Zentralität von ökonomischen Debatten Dimensionen von politischer und sogar kultureller Tragweite angesprochen.

Die Solidaritätsfrage stellt sich gerade im »Fall Griechenland« neu – ein Land, das gar als »failing state« bezeichnet werden kann und beträchtlichen Einfluss auf die Eurozone hat. So ist die EU mit einem Rettungsschirm eingesprungen, als Staaten wie Ungarn und Lettland, dann vor allem Griechenland, Irland und Portugal als (un-)mittelbare Folge der Finanzkrise von 2008 in arge finanzielle Probleme gerieten. Dieses Szenario, Ausstieg aus der Eurozone, wurde zumindest offiziell nicht diskutiert, und unter den Wirtschaftsexperten gibt es Optimisten wie Pessimisten mit Blick auf die Zukunft des Euro. Durch die schwere Eurowährungskrise von 2011 an gewinnt auch der Euroskeptizismus an Zulauf, und die Betrachtung verlagert sich weg von den ostmitteleuropäischen Staaten hin zu einem gesamteuropäischen Problem (Hartleb 2012). Mehr und mehr wird der Rechtspopulismus in die Debatte um die Zukunft der europäischen Integration im weiteren und der Europäischen Union im engeren Sinne einbezogen. Offenkundig gibt es Konstruktionsfehler, wie die Schuldenkrise durch zahlreiche in Not geratene Länder in der Eurozone beweist. Trotz der nach außen kommunizierten Harmonie gibt es also durchaus existente Konfliktlinien oder Missklänge, die den österreichischen Politikwissenschaftler Anton Pelinka von »cleavages« innerhalb der EU (Pelinka 2007) sprechen lassen – die Cleavage-Theorie (Lipset/Rokkan 1967) wird bis heute für die gesellschaftliche Entstehung von Parteiensystemen herangezogen. Pelinkas Auffassung nach gibt es durch tiefe Gräben (»Konfliktlinien«) Tendenzen von Euroskeptizismus. Immer noch sei die EU ein Elitenprojekt, wie sich in der Ablehnung des Verfassungsvertrags in den Niederlanden und Frankreich, später des jetzt gültigen Reformvertrags von Lissabon in Irland zeigte. Es gebe kein europäisches Parteiensystem, vielmehr nationale Parteiensysteme. Widersprüchliche Erwartungen der Mitglieder zeigen sich in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr noch in der Definition dessen, was eigentlich Identitätskern der EU sei. Diese ungelöste Frage wirke sich auf künftige Erweiterungen aus, insbesondere in der Türkeifrage. Die Intensität des Euroskeptizismus ist offenkundig ein mächtiges, einflussreiches Merkmal in der politischen Landschaft der EU.

Überträgt man diese Gedanken auf den Parteienwettbewerb, liegt nahe, dass dort Kritik gegen die EU im engeren und gegen Europa im weiteren Sinne artikuliert, mobilisiert und programmatisch festgesetzt wird. Die Frage lautet, ob sich eine wie auch immer geartete euroskeptische Parteienfamilie orten lässt. In den Öffentlichkeiten der Mitgliedstaaten findet im Gesamtdurchschnitt mit 49 Prozent nicht einmal die Hälfte die Mitgliedschaft in der EU für begrüßenswert, wie das Eurobarometer Anfang 2006 ermittelte (Eurobarometer 2006: 27). Die Zahlen sind gleichwohl, besonders in den neuen Mitgliedsländern, sehr schwankend, was auch von der jeweiligen Definition und Operationalisierung des Euroskeptizismus abhängt. Denkt man an die Rolle der Parteien im intermediären Bereich, der Artikulation, Aggregation, Selektion und Integration von bestehenden Interessen, müsste es logischerweise eine euroskeptische Kraft innerhalb der EU geben.



Abb. 2 Traditionelle Demonstration des rechtspopulistischen »Front National« am 1. Mai 2013 in Paris. In der Mitte die Parteivorsitzende Marine Le Pen. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2012 hatte sie im ersten Wahlgang 13,6% der Stimmen erhalten. Meinungsumfragen im Oktober 2013 sagen voraus, der Front Nationale habe Chancen, als stärkste Kraft bei den Eurowahlen 2014 in Frankreich abzuschneiden.

© Ian Langsdon, epa, dpa, picture alliance

Euroskeptizismus ist ein sehr umfassender Begriff, der eine ganze Bandbreite unterschiedlicher inhaltlicher Positionen anspricht. Seine Ursprünge hat er, wenig überraschend, im traditionell euroskeptischen Großbritannien, wo er im politischen und journalistischen Sprachgebrauch Mitte der 1980er Jahre Eingang fand. Das Oxford English Dictionary definierte dann auch einen »Euroskeptiker« als eine Person, die sich über die Machtzunahme der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union wenig begeistert zeigt. In den politischen Debatten um die Zukunft Europas verschwimmen die Ebenen »Europäische Integration« und »Europäische Union« häufig, obwohl diese keineswegs Hand in Hand gehen müssen. Weite Beachtung hat wohl auch daher die phänomenologische Unterscheidung von »hartem« und »weichem« Euroskeptizismus gefunden. Die »weiche« Form bedeutet die qualifizierte Ablehnung bestimmter Aspekte des Integrationsprojektes oder der EU in seiner gegenwärtigen institutionellen Form. Geläufig ist hier das Argument, nationale Interessen stünden dem supranationalen Vertragswerk entgegen. Die »harte« Form lehnt die »Idee Europa« hingegen in ihren Grundsätzen ab, damit folgerichtig auch den Beitritt oder die Mitgliedschaft zur EU (Szczerbiak/Taggart 2008). Inspiriert von der Debatte entwickelte der Brite Chris Flood durchaus mit semantischer Spielerei sogar sechs verschiedene Positionen; die ersten drei sind dabei als euroskeptisch anzusehen (Flood 2002):

- **Ablehner:** Positionen, die entweder gegen die Mitgliedschaft in der EU oder die institutionelle Beteiligung gerichtet sind;
- **Revisionisten:** Positionen, die ein Zurück des Integrationsprozesses anstreben, mit Blick auf das jeweils gültige Vertragswerk oder einzelne Policies;
- **Minimalisten:** Positionen, die den Status quo akzeptieren, aber weiterer Integration und Vertiefung ablehnend gegenüberstehen;
- **Gradualisten:** Positionen, die weitere Integration in kleinen und behutsamen Schritten unterstützen.
- **Reformisten:** Positionen, die Reformen konstruktiv unterstützen und affirmativ begleiten.
- **Maximalisten:** Positionen, die sich klar für ein Mehr an Integration, Erweiterung oder Vertiefung aussprechen.



Abb. 3 FPÖ-Bundesparteiobmann und Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache während der Wahlkampf-Abschlussveranstaltung der FPÖ am Freitag, 27. September 2013 in Wien. Bei den Nationalratswahlen kamen die rechtspopulistischen Freiheitlichen (FPÖ) auf 21,4 %, weitere 5,8 % erhielten die Euroskeptiker des kanadisch-österreichischen Milliardärs Frank Stronach. © dpa, picture alliance

Euroskeptizismus in West- und Osteuropa

Dadurch, dass der westeuropäische rechtspopulistische Parteientypus oder gar die rechtspopulistische Parteienfamilie häufig auf Euroskeptizismus zurückgreift, könnte man unter Umständen »Euroskeptizismus« als Exklusivmerkmal einer rechtspopulistischen Parteienfamilie deuten. Einfach ausgedrückt: Euroskeptizismus ist ein Kriterium für einen spezifisch rechtspopulistischen Parteientypus. Rechtspopulistische Parteientypen, die sich nicht nur von den etablierten Parteien, sondern durch ihre grundsätzliche Systembejahung auch von rechtsextremistischen Parteien abgrenzen lassen, bedienen Anti-Parteien-Affekte, greifen zu einer simplifizierenden Politikformel und schüren Ressentiments der Bevölkerung. Damit eignet sich prinzipiell die europapolitische Bühne als Projektionsfläche, da diese als »komplex und bürgerfern« stereotypisch aufgeladen werden kann.

Der Rechtspopulismus bekundet seine Skepsis gegenüber einem zusammenwachsenden Europa. Rechtspopulistische Parteien bedienen die in der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von EU bzw. EG regiert werde. Die Europäische Union beäugen sie gemäß dem Slogan »Europa ja – EU nein!« misstrauisch. Rechtspopulisten warnen vor einem massiven Einschnitt in die nationale Souveränität und Identität durch die Brüsseler Institutionen, denen es offensichtlich an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt: Der EU-Politik mangelt es tatsächlich an demokratischer Rechenschaftspflicht, auch wenn der Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments stärkte. Die Schattenseiten des Brüsseler Bündnisses – der Zentralismus und die »Regelungswut der Eurokraten« – bilden in der Argumentation der Rechtspopulisten einen Gegensatz zu dem, was sie selber verkörpern wollen: »Volksnähe« und schnelles, unbürokratisches Reagieren auf die Bedürfnisse der eigenen nationalen Bevölkerung.

Wie stark der westeuropäische Rechtspopulismus und der Euroskeptizismus miteinander verquickt sind, illustrieren Aussagen des rechtspopulistischen »Prototypen«, des mittlerweile verstorbenen Österreicher Jörg Haider. Das einstige Aushängeschild der bis hin zur Regierungsbeteiligung kommenden Freiheitlichen Partei Österreichs, welche im Jahr 2000 als bis heute einmaligem Vorgang Sanktionen der damaligen EU-Mitgliedsländer zur Folge hatte, agitierte immer wieder gegen die EU, sah sie als Sündenbock. Die EU galt Haider als Symbol für ausufernde Bürokratie und Angriff auf die Souveränität des lange neutralen Österreichs. Jörg Haider war es auch, der 1999 ein Referendum gegen den EU-Beitritt des Landes initiierte. Beim Niederländer Geert Wilders spielte das Thema »Europa« lange nur eine Nebenrolle. 2012 änderte sich das Bild aber drastisch, als er, der pikanterweise seit Jahren mit einer Ungarin verheiratet ist, einen »Meldepunkt« Ost-

europa im Internet eröffnete, wo Niederländer Probleme mit Mitbürgern aus Osteuropa melden können. So fragt die Seite »Haben Sie Beschwerden über Menschen aus Mittel- und Osteuropa? Oder haben Sie Ihren Job an einen Polen, Bulgaren oder Rumänen verloren? Wir möchten dies gerne hören.« Das Formular enthielt fünf Fragen zu osteuropäischen Einwanderern, darunter die nach Trunkenheit, Ruhestörung und Verwahrlosung. Mehr und mehr, gerade auch für den Wahlkampf, mutierte Europa in den Kampagnen zum Quell allen Übels. Wilders forderte dann auch den Euroausstieg und die Einführung eines neuen Geldens.

Im Unterschied zu rechtsextremen Positionen lehnen Rechtspopulisten den europäischen Einigungsprozess jedoch nicht ab. Vorrangig kritisieren sie das »Wie«, nicht das »Ob«. Das EU-Thema lässt sich in verschiedenen Variationen transparent machen. Auf diese Weise können Populisten die Schwäche der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik anprangern und damit in ihrer typischen Schwarz-weiß-Malerei ein christlich-abendländisches Bollwerk gegen den Islam propagieren. Oder sie prangern den freien Warenverkehr im Binnenmarkt an und machen ihn für die organisierte Kriminalität verantwortlich. Sie bauen darauf, dass es ein gewaltiges Potential an antieuropäischen Ressentiments gibt, welches politisch nutzbar ist. Manche rechtspopulistischen Parteien verhalten sich gegenüber der EU ambivalent, insbesondere in Immigrationsfragen, wo sie die »Festung Europa« herbei beschwören. Populisten, die längerfristig »überleben« wollen, werden allem Anschein nach nicht zum Boykott der EU aufrufen, sondern vielmehr »eine ökonomische und kulturelle Festung Europa« anpreisen und vermarkten.

Bei der Europawahl des Jahres 2009 sorgten euroskeptische Kräfte von »rechts« für Furore: In den Niederlanden kam die neu gegründete Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders (PVV) auf knapp 17 Prozent der Stimmen und damit auf Platz zwei. In Österreich konnten die Freiheitlichen (FPÖ) im Jahre 2009 ihren Stimmenanteil auf 13,1 Prozent verdoppeln; zudem kam das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), einst von Jörg Haider aus Rache an seiner »alten« Partei FPÖ gegründet, auf 4,7 Prozent. Zählt man dazu die 17,7 Prozent für die genuin euroskeptische Liste des EU-Rebellen Hans-Peter Martin, bedeutet das zusammengekommen Platz eins für die Euroskeptiker. Bei den Nationalratswahlen 2013 erzielte die FPÖ 21,4 % der Stimmen.

Für Deutschland beispielsweise hat das Issue »Europa« eine geringere Rolle in der praktischen Parteienauseinandersetzung. Aber auch hier gibt es gegenläufige Tendenzen, die in Zukunft eine stärkere Bedeutung des EU-Themas vermuten lassen. Immerhin hat sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 eine genuin euroskeptische Partei namens »Alternative für Deutschland« (AfD) gegründet, welche zumindest die Parteienkonkurrenz aufhorchen ließ und breiten Raum in der Medienberichterstattung fand. Für die im Mai 2014 stattfindende Europawahl ist es wahrscheinlich, dass zahlreiche populistische und euroskeptische Gruppierungen

erfolgreich sein werden, zumal es in Deutschland hier nur eine 3%-Hürde zum Einzug ins Parlament geben wird..

Bei der Parlamentswahl in Finnland vom 18. April 2010 wurde das Thema »Portugalhilfe durch die EU-Konjunkturpakete« zum zentralen Wahlkampfthema, das der euroskeptischen Partei »Wahre Finnen« (inzwischen »Die Finnen«) damals an die 20 Prozent bescherte. Ihr »weicher« Euroskeptizismus richtete sich vor allem gegen Subventionsmaßnahmen der EU. Finnland hat sich, wie sonst nur noch Luxemburg, von Anfang an strikt an die Euro-Kriterien gehalten und glänzte mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt. Deshalb halten viele Finnen nicht viel vom Euro-Schutzschirm für Länder wie Griechenland, Irland und Portugal, »die nicht rechnen können«. Die letzten Wahlen in Frankreich (2012) und Italien (2013) zeigten, dass das Thema »Euroskeptizismus« in seiner ganzen Bandbreite zur Mobilisierung verhilft. Kräfte von »rechts« und »links« gleichermaßen machten »gegen Brüssel« Stimmung, in Frankreich vom Linkspopulisten Jean-Luc Mélenchon bis hin zur radikalen Rechtspopulistin Marine Le Pen, in Italien vom linken Komiker Beppe Grillo bis hin zum wendigen Silvio Berlusconi. Beleuchtet man das Verhältnis zwischen dem westeuropäischen Rechtspopulismus und dem Euroskeptizismus, stellen sich zwei Fragen, die jeweils zu verneinen sind:

(1.) Euroskeptizismus als fixes Merkmal des Rechtspopulismus? – Nein.

Euroskeptizismus ist häufig ein Kriterium für Rechtspopulismus. Beide Phänomene müssen aber nicht Hand in Hand gehen. Rechtspopulistische Parteien greifen durchaus auf andere Mobilisierungsthemen als Euroskeptizismus zurück, beispielsweise auf eine Ablehnung von Islamisierung, Immigration oder soziale Versprechungen zu Lasten von Exkludierten. Freilich können diese Themen anschlussfähig für eine umfassende Kritik der EU sein.

(2.) Rechtspopulismus als konstitutives Merkmal für Euroskeptizismus? – Nein.

Euroskeptizismus kann theoretisch von allen politischen Lagern, auch von politischen Eliten vorgetragen werden. Hier spielt auch die politische Kultur eine Rolle. Länder wie Großbritannien und Österreich sind traditionell euroskeptisch ausgerichtet, wie sich in Bevölkerungsumfragen zeigt. Der politische Elitendiskurs ist dadurch stark beeinflusst. Die populistische Logik »Wir gegen die da oben« eignet sich gleichwohl gut für das Thema »EU«. Die nicht-xenophoben »Wahren Finnen« (inzwischen »Die Finnen«) kritisierten die nationale Regierung ebenso wie die Rettungspakete der EU für Portugal, ohne eine weitere rechtspopulistische Agenda vorzutragen. So distanzierte sich die Partei deutlich von den Schwedendemokraten, die 2010 ebenfalls erstmalig in das nationale Parlament einziehen konnten. Der Rechtspopulismus hat den Charakter eines Primärmerkmals, Euroskeptizismus höchstens den des Sekundärmerkmals. So brauchen rechtspopulistische Formationen häufig sogar Europa, wenn es um Fragen eines Schutzwalles gegen Immigration geht.

Euroskeptizismus ist nicht allein »rechts« zu orten. So brach in der deutschen Partei Die Linke vor der Europawahl 2009 ein Streit bei der Kandidatenaufstellung aus. Europafreundliche Politiker wie die einstige Spitzenkandidatin zu den Europawahlen 1994, 1999 und 2004, Sylvia-Yvonne Kaufmann, und der einstige Vordenker der Partei, André Brie, wurden nicht in den Listenvorschlag der Partei für die Listenaufstellung zu den Europawahlen 2009 aufgenommen, da sie entgegen der Parteilinie den Vertrag von Lissabon



Abb. 4 Angesichts der Krise Ungarns fordert die rechtsextreme »Jobbik-Partei« den Austritt Ungarns aus der EU und eine neue Ostorientierung des Landes. Hier eine Demonstration vor der Vertretung der EU-Kommission in der Lövözh utca. Verbrennen der EU-Flagge durch den Parlamentarier Előd Novk (rechts mit Benzinflasche). Plakataufschrift: »Sollen wir Mitglied sein oder frei?« Budapest, Ungarn, 14.1.2012

© dpa, picture alliance

bon befürworteten. Oskar Lafontaine selbst engagierte sich gegen den Europäischen Verfassungsvertrag. 2013 empfahl der Politiker die Rückkehr einzelner Länder zu nationalen Währungen, fand aber parteiintern keine Mehrheit, zumal er nicht mehr selbst an vorderster Front agiert. Auch im Wahlprogramm schlug sich trotz der Bejahung des europäischen Integrationsprozesses Euroskeptizismus nieder – in Form eines düsteren Bildes der Europäischen Union. In der Konsequenz lehnt die Linke jegliche wirtschaftliche und soziale Vertiefung der ihrer Meinung nach neoliberalen Union ab. So stimmte die Bundestagsfraktion auch gegen die Rettungsschirme.

EU-Themen haben in den osteuropäischen Beitrittsländern durch ihre Zentralität in den Legislativen sowie die neuen außenpolitischen Ambitionen der postkommunistischen Staaten eine hohe, weitaus größere Bedeutung als in Westeuropa. In den 1990er Jahren wurde »Europa« durch das Prisma nationaler Politik stärker in den postkommunistischen Staaten als in Westeuropa betrachtet. Die verlockende Erlangung der Mitgliedschaft in den europäischen Club galt als essentiell, um die eigene nationalstaatliche Entwicklung zu fördern. Das Paket der Kopenhagener Kriterien von 1993 korrelierte daher in hohem Ausmaß mit den meisten reformorientierten Parteien in Osteuropa. Der Wunsch nach Verankerung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ebenso wie nach der Garantie der Menschenrechte und eines Minderheitenschutzes, schien mit dem Willen nach einer funktionierenden Marktwirtschaft einherzugehen.

Erst nach dem EU-Beitritt traten Konflikte auf, und zwar in durchaus ernst zu nehmender Form. So spricht der ungarische, international renommierte Politikwissenschaftler Attila Ágh von einem »neuen wertegeladenen Konflikt« zwischen Euroskeptikern und Eurounterstützern, den auch Meinungsumfragen mehr und mehr verdeutlichten. Für den ungarischen EU-Experten sind EU-Themen eines der am meisten diskutierten Felder in den Medien und den Parlamentsdebatten geworden. Der Euroskeptizismus in den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten speist sich aus grundlegend unterschiedlichen Motivlagen. Ein derzeit viel diskutiertes »Post-EU-Beitrittssyndrom« (Ágh 2008) in Ostmitteleuropa ist die Folge von enttäuschten Erwartungen, vor allem im Bereich der Wirtschaft, was sich auf den politischen Wettbewerb auswirkt. Um die fehlenden nationalen Handlungsspielräume zu kompensieren, wird der »weiche« Euroskeptizismus häufig als strategisches Instrument nationaler Kraftmeierei oder innenpolitischen Muskel-

spiels gebraucht – neben dem existenten, besonders von extremistischen Parteien artikulierten »harten« Euroskeptizismus. Nach dem Status quo, der Ratifizierung von Lissabon, ebte die Euroskeptizismusdebatte in Tschechien und Polen ab. Insgesamt lässt sich zum Zusammenhang zwischen Bevölkerung und Parteienkonstellation festhalten: Häufig deckt sich der Euroskeptizismus der Parteien mit Einstellungen in der Bevölkerung. Dabei spielt wohl der auf die Bevölkerung wirkende Elitendiskurs eine besondere Rolle, die personalisierte Artikulation von Kritik, Skepsis bis hin zur Ablehnung. Verbreitet man den Untersuchungsraum auf das gesamte Osteuropa, ist das Thema »Europa« etwa in den baltischen Staaten parteipolitisch nur von peripherer Bedeutung. »Weiche« euroskeptische Positionen werden von Parteien vertreten, die entweder kulturell-gesellschaftlich autoritäre Positionen einnehmen und/oder sich für protektionistische Positionen aussprechen. Für Ostmitteleuropa trifft das auf eine Reihe von bürgerlichen Parteien zu. Als Erklärungsfaktor für »weichen« Euroskeptizismus darf der strategische Aspekt nicht übersehen werden. Empirisch bedeutsam ist vor allem eine enge Beziehung der Oppositionsrolle mit der Option, eurokritische Potentiale in der Parteienkonkurrenz strategisch zu mobilisieren.

■ Bilanz und Perspektiven

Die Unterscheidung zwischen Eurobefürwortern und Euroskeptikern hat große Bedeutung für die Entwicklung der Parteiensysteme in Europa, obwohl das »issue« Europa nur in wenigen Fällen »das« Mobilisierungsthema darstellt, meist im Kontext rechtspopulistischer Mobilisierung. Sie erlaubt eine bessere Verbindung zwischen der Zuordnung zu tradierten »Parteifamilien« und der europäischen Dimension. Dennoch lässt sich, trotz der Mobilisierungsversuche durch populistische Kräfte, eine »parteipolitische Nebenrolle Europas in den nationalen Parteiensystemen der EU-Staaten« feststellen, mit Indikatoren wie »die geringe Zahl von EU-Spezialisten in den Parteiorganisationen der Mitgliedstaaten und deren Fehlen in wichtigen Parteiämtern« (Pehle/Sturm 2010: 294f.). Dem wollen aber die europäischen Parteienverbände entgegen wirken, die größere Kompetenzen, mehr Budget und eigene Stiftungen bekommen haben. Mehr und mehr wird aber aus dem Nicht-Thema »Europa« und »EU« ein zentrales im Parteienwettbewerb – eine der Lehren aus der Eurowährungskrise. Generell umfasst die euroskeptische Agenda von Europas Populisten drei Komplexe, erstens den Euro und die Eurozone, zweitens die Strukturen der EU sowie drittens den Bereich der nationalen, kulturellen und regionalen Identität:

- **Bereich Euro und Eurozone** (zugespitzt durch die Eurowährungskrise)
 - (1) Zurückweisung des Solidaritätsprinzips innerhalb der EU (innerhalb der Geberländer);
 - (2) Kritik an der Fiskal- und Austeritätspolitik; Schüren der Angst vor der Fremdbestimmung (innerhalb der Südländer);
 - (3) zugespitzt durch die Eurowährungskrise: Überlegungen, die EU oder zumindest die Eurozone zu verlassen; Ablehnung der Währung »Euro«;
- **EU-Strukturen generell**
 - (4) Präferenz eines Modells des Europas der Nationen oder Vaterländer; Zurückweisung eines regulativen Superstaates oder von Visionen wie »Vereinigte Staaten von Europa«; mitunter Anspruch eines starken Europas nach außen;
 - (5) Wendung gegen die »Mehr-Europa«-Rhetorik (Integrationsprozess als Einbahnstraße);
 - (6) Wendung gegen den diplomatischen Verhandlungsdiskurs in der EU, der nach Meinung der Populisten schwierige Fragen ausklammert oder mit dem Prinzip des Kompromisses löst;

- (7) Anklage in Richtung der EU, zu zentralistisch, bürokratisch, kostspielig, technokratisch oder ineffizient zu sein (zu viel Geld für europäische Beamte);
- (8) Vorwurf des in der Tat vorhandenen demokratischen Defizits (Frage der Verantwortlichkeit von politischen Entscheidungen);
- (9) Vorwurf der Überkomplexität, die für gewöhnliche Menschen nicht verständlich ist;
- **Nationale, kulturelle und regionale Identität**
 - (10) Erhalt des traditionsreichen Nationalstaats (nicht ersetzbar durch eine bürokratisierte EU);
 - (11) Verantwortung der EU für Massenimmigration und etwa Schleuserkriminalität (durch die Grenzöffnung via Schengen);
 - (12) Multikulturalismus und kosmopolitische Werte als feste Bestandteile der EU-Ideologie;
 - (13) Gefahr der regionalen Identität durch Brüsseler Zentralismus;
 - (14) Angst vor einer erneuten Fremdbestimmung (Brüssel als neues Moskau; in den postkommunistischen Staaten).

Die Behauptung eines dezidierten EU-Cleavage ist aber zu hoch gegriffen und lässt sich empirisch nicht stützen. Zunächst erscheint der gerne, mitunter beliebig zugeschnittene Cleavage-Begriff (Lipset/Rokkan 1967) – die Rede von gesellschaftlich-parteilichpolitischen Konfliktlinien – ohnehin wenig geeignet, um die noch immer, bedingt durch kontextuelle Faktoren sehr volatile Wähler-Partei-Bindung angemessen zu benennen. Zweitens sind Parteipositionen zur Europäischen Integration kein konstitutives Element des räumlichen Parteienwettbewerbs in den einzelnen Staaten, sondern allein die abgeleitete Komponente bzw. Variable der jeweils nationalen Konkurrenzmuster, besonders der Spaltung zwischen Transformationsgewinnern und -verlierern, wie sich bei der Ablehnung von Reformen im sozialen Bereich seitens der Bevölkerung zeigt. In der Regel steht die EU-Kritik auch dort nicht im Zentrum des Diskurses.

Inzwischen gewinnen euroskeptische Parteien weiter an Boden. Selbst in Deutschland, wo noch in den 1990er Jahren Versuche gescheitert waren (»Bund freier Bürger« und »Pro DM-Partei«), bildete sich vor der Bundestagswahl 2013 mit der »Alternative für Deutschland« (AfD) eine genuin euroskeptische Partei. Unabhängig vom Ergebnis der wie die Vorläufer elitär-professoral ausgerichteten Partei zeigt sich, dass der proeuropäische Konsens bröckelt, wie sich bereits in der Öffentlichkeit widerspiegelt. Der hohe Professorenanteil der AfD weist darauf hin, dass die Intellektuellenkritik zunimmt.

Ob der Euroskeptizismus, sei es als Ideologie oder Strategie, eine Zukunft hat, hängt also auch maßgeblich von der Strategie der politischen Eliten auf nationaler und europäischer Ebene ab, für Europa und die EU erfolgreich zu werben und konkrete Schritte für eine europäische Öffentlichkeit nicht nur bei jungen karrierebewussten und vielsprachigen Kosmopoliten einzuleiten. Die Elitenzentrierung ergibt sich auch dadurch, dass sich in den streng formalisierten Auswahlverfahren in den politischen Institutionen mehrheitlich die Kosmopoliten durchsetzen. Die Durchschnittsbevölkerung ist daher personell kaum verankert. In der aktuellen Eurowährungskrise zeigen sich zudem Ressentiments, die man überwunden zu haben schien. Der durch die Wirtschaftskraft angelegten Dominanz Deutschlands wurde in den krisengeplagten Südländern, insbesondere Griechenland und Zypern, mit Abbildungen von Angela Merkel etwa mit Hitler-Bart etc. begegnet, nicht nur medial. Dabei geht es um den hiesigen Protest gegen die von Brüssel angeordnete Sparpolitik als *conditio sine qua non* für die Rettungsschirme und -pakete.

Die Ansicht, dass die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch bevorstehen, ist in den Bevölkerungen der EU sehr weit verbreitet, im Durchschnitt bei 62 Prozent. Auf der anderen Seite ist die Mehrheit der Bürger davon überzeugt, dass sich die EU in die richtige Richtung bewegt und die Krise meistern wird (Eurobarometer 2012).

Euroskeptizismus kann dann zu einem Mobilisierungsthema werden, wenn die EU, oder besser ein Mitgliedsland von ihr, in finanzielle Nöte gerät und nach europäischer Solidarität gefragt wird. Generell dürften derartige (finanzielle) Solidaritätsbekundungen innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten schwer zu kommunizieren sein, sodass, bei Häufung derartiger Fälle, einer euroskeptischen Mobilisierung Tür und Tor geöffnet wäre. Die Zukunft der Europäischen Union mitten in der Krise geht in Richtung Fiskal- und Bankenunion («Vereinigte Staaten von Europa»). Ohne Mühe lassen sich aber ein demokratisches Defizit sowie eine Kluft zwischen den Eliten und den europäischen Bevölkerungen ausmachen: »Mit ihren für Nichtgeweihte kaum zu entschlüsselnden Fachkürzeln wie ESM oder EFSF halten diese Herrschaftszirkel das Volk schon semantisch auf Abstand. Gegen die Sonntagsredenrhetorik der politischen Eliten und das Paralleluniversum in Brüssel regt sich freilich Widerstandsgeist, nicht nur durch Europas Populisten. Wendet sich der gegenwärtige europäische Populismus nicht auch gegen die repräsentativen Demokratien, die von gut ausgebildeten, akademischen Professionals dominiert werden? Und gegen die postnationale »Maßstabvergrößerung« von Repräsentanz in der Europäischen Union? (Cuperus 2011). Ein Problem sind auf der Arbeitsebene die administrativen Strukturen, gepaart mit nationalen Egoismen und Proporzdenken, die hinter der angeblichen europäischen Idee hervor lugen und Insidern deutlich werden. Zudem ist ein gesunder Wettbewerbscharakter unter den inzwischen 28 Mitgliedsländern nicht wirklich gegeben. Die Transferunion scheint wohl Realität, die mit Sachzwang und einer Ausrichtung als »gemeinsamer Markt« im globalen Wettbewerb zu rechtfertigen versucht wird. Das britische Desinteresse am europäischen Projekt lähmt die allgemein gewollte europäische Integration ebenso wie die Dissonanz zwischen dem vermeintlichen Führungsduo Deutschland und Frankreich. Technokratie beschwört die Sehnsucht nach Visionen und politischer Führung geradezu herbei. Renationalisierungstendenzen werden daher eine Begleiterscheinung der europäischen Integration bleiben – eine verzweifelte Reaktion, den Nationalstaat inmitten des europäischen Mehrebenensystems nicht nur symbolisch zu erhalten. Rechtspopulistische Parteien halten gerade in ökonomischen Fragen keine Rezepte bereit und können in den brennenden Fragen der Gegenwart wie Austerität und der Suche nach Wachstumsmöglichkeiten wenig bereitstellen. Das heißt, es wird auch im Zuge der Eurowährungskrise zu keiner populistischen Internationalen kommen. Dazu kommen die begrenzten Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene: Euroskeptische Formationen können innerhalb der EU-Institutionen und -Organe ihren Einfluss und ihre Position hauptsächlich und unmittelbar allein im Europäischen Parlament artikulieren. Dort gibt es durch Zersplitterung in unterschiedliche Gruppen und Allianzen mit europafreundlichen Kräften allerdings keine größere euroskeptische Fraktion. Nach der Europawahl von 2009 etwa zeigte sich ein disparates, höchst unüberschaubares und sich schnell wandelndes Bild. Die Zukunft der Europäischen Union mitten in der Krise geht in Richtung Fiskal- und Bankenunion («Vereinigte Staaten»). Dagegen regt sich freilich Widerstandsgeist, nicht nur durch Europas Populisten. Technokratie erzwingt die Sehnsucht nach Visionen und politischer Führung, Renationalisierungstendenzen werden daher eine Begleiterscheinung der europäischen Integration bleiben – eine verzweifelte Reaktion, den Nationalstaat inmitten des europäischen Mehrebenensystems nicht nur symbolisch zu erhal-



Abb. 5 Anhänger der euroskeptischen und für viele Beobachter ebenfalls rechtspopulistischen Partei »Alternative für Deutschland«, AfD, am 16.9.2013 bei einer Wahlkampfveranstaltung vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Bei der Bundestagswahl 2013 hatte die AfD bundesweit 4,7 % der Stimmen erhalten. Ihre Hochburgen lagen bei Protestwählern in den neuen Bundesländern. © Bernd von Jutrczenka/dpa

ten. Rechtspopulistische Parteien haben gerade in ökonomischen Fragen keine Rezepte bereit und können in den brennenden Fragen der Gegenwart wie Austerität und der Suche nach Wachstumsmöglichkeiten wenig bereitstellen. Das heißt, es wird auch im Zuge der Eurowährungskrise zu keiner populistischen Internationalen kommen.

Literaturhinweise

- Ágh, Attila (2008): Hungarian Politics in The Early 21st Century: Reforms and Post-EU Accession Crisis, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 48 (2), S. 68–81.
- Cuperus, René (2011): Der populistische Dammbbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck, in: Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hrsg.): Populismus in den Niederlanden und in Deutschland im Vergleich, Münster, S. 163–178.
- Flood, Chris (2002): Problematising Euroscepticism, Unpublished paper presented at Queen's University Belfast, Belfast (zitiert mit der Erlaubnis des Autors).
- Hartleb, Florian (2012): Euroskeptische Parteienfamilie, in: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen, Berlin & Toronto, S. 302–325.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments, in: Dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives, New York, S. 1–64.
- Pehle, Heinrich/Sturm, Roland (2010): Die europäische Integration – ein relevanter Bezugsrahmen des nationalen Parteienwettbewerbs?, in: Zeitschrift für Politik, 57 (3), S. 294–306.
- Pelinka, Anton (2007): Bestimmungsfaktoren des Euroskeptizismus, in: Ders./Fritz Plasser (Hrsg.): Europäisch Denken und Lehren. Festschrift für Heinrich Neisser, Innsbruck, S. 233–247.
- Taggart, Paul/Szczerbiak, Aleks (2008): Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe, in: Aleks Szczerbiak/Paul Taggart (Hrsg.): Opposing Europe? Comparative and Theoretical Perspectives, Vol. 1, Oxford, S. 1–15.
- Walter, Franz (2012): Zivilgesellschaft und Partizipationsdebatte, in: indes, 2 (4), S. 135–143

MATERIALIEN

M 1 José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission: »Die Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011«

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, Wir müssen die Lage der Europäischen Union ehrlich und ohne Umschweife analysieren. Wir stehen vor der größten Herausforderung in der Geschichte der Europäischen Union. Es handelt sich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise mit großen gesellschaftlichen Auswirkungen, jedoch auch um eine Vertrauenskrise, eine Krise des Vertrauens sowohl in unsere Politiker als auch in Europa und in unseren Fähigkeiten, die Dinge zum Besseren zu wenden.

Die Ursachen der Krise sind klar: Europa hat in der Frage der Wettbewerbsfähigkeit nicht die richtigen Antworten gefunden. Einige Mitgliedstaaten haben über ihre Verhältnisse gelebt. Auf den Finanzmärkten haben sich unverantwortliche und inakzeptable Verhaltensweisen durchgesetzt. Wir haben nichts gegen die Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und insbesondere innerhalb des Euroraums getan.

Diese Probleme wurden durch die gewaltigen Veränderungen der Weltordnung und die Auswirkungen der Globalisierung noch verschärft. Das alles führt zu tiefer Besorgnis in unserer Gesellschaft. Viele Bürger haben Angst vor der Zukunft. Mehr denn je besteht die Gefahr eines Rückzugs in nationale, um nicht zu sagen nationalistische Denkgewohnheiten.

Populistische Bewegungen stellen die größten Errungenschaften der Europäischen Union in Frage – den Euro, den Binnenmarkt, ja sogar den freien Personenverkehr. Mit Fug und Recht kann man sagen, dass die Staatsschuldenkrise mittlerweile in erster Linie eine politische Vertrauenskrise ist.

Nicht nur unsere Bürger, sondern auch die Außenwelt schauen auf uns und fragen sich: Sind wir wirklich eine Union? Verfügen wir wirklich über den Willen zur Stützung der einheitlichen Währung? Sind die schwächeren Staaten wirklich gewillt, die unerlässlichen Reformen durchzuführen? Sind die wohlhabenderen Staaten wirklich bereit für Solidarität? Ist Europa wirklich in der Lage, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen?

Ich, ja ich sage Ihnen heute: Die Lage ist tatsächlich ernst, aber die Krise ist lösbar. Europa hat Zukunft. Wenn wir das Vertrauen wiederherstellen. Und dafür brauchen wir Stabilität und Wachstum, aber auch politischen Willen und Führungsstärke. Gemeinsam müssen wir unseren Bürgern eine europäische Erneuerung vorschlagen. (...) Vor genau 50 Jahren schlossen sich 12 Länder in Europa zusammen, um die Sozialcharta zu unterzeichnen. Bis heute sind der Charta 47 Staaten, darunter alle EU-Mitgliedstaaten, beigetreten. (...) Um diese Grundwerte in Europa zu sichern, müssen wir die Qualität des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene verbessern. Die Erneuerung Europas kann nur mit dem Engagement und der verantwortungsvollen Beteiligung der Sozialpartner – der Gewerkschaften, der Arbeitnehmer, der Unternehmen, der Zivilgesellschaft schlechthin – erfolgreich gestaltet werden. (...) Unser Mandat läuft im Jahr 2014 ab – genau 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs, einen der dunkelsten Zeiten unserer Geschichte, dem mit dem Zweiten Weltkrieg eines der dramatischsten Kapitel der europäischen und der Weltgeschichte folgte. Die Schrecken von damals sind wohl heute in Europa unvorstellbar. Sie sind unvorstellbar, nicht zuletzt weil wir die Eurpä-



M 2 Der Rechtspopulist Geert Wilders, Vorsitzender der »Partei der Freiheit« in den Niederlanden, im Gespräch mit Pressevertretern bei einer Aktion vor der rumänischen Botschaft in Den Haag. Wilders übergab einen Brief in niederländischer und rumänischer Sprache mit dem Titel: »Kein Zugang« aus Protest dagegen, dass rumänische Arbeitskräfte ab dem 1.1.2014 auch in den Niederlanden freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben werden.

© Robin Utrecht, epa, dpa, picture alliance

ische Union haben, die durch wirtschaftliche und politische Integration den Frieden auf unserem Kontinent garantiert hat. (...) Die derzeitige Krise ist in ihrem Kern eine politische Krise, die unsere Bereitschaft zum Zusammenleben auf die Probe stellt. Deswegen müssen wir die Europäische Union vertiefen, deswegen haben wir gemeinsame Institutionen ins Leben gerufen, deswegen müssen wir das europäische Interesse wahren. Zwischenstaatliche Zusammenarbeit reicht heute nicht aus, um Europa aus der Krise zu führen und die Zukunft zu gestalten. Vielmehr kann gerade das Modell einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu Renationalisierung und Teilung führen. Dieses Modell könnte dem Europa, das wir anstreben, den Todesstoß versetzen.

© José Manuel Barroso, 28.9.2011, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-11-607_de.htm?locale=en

M 3 EU-Kommissar für Energiefragen Günther Oettinger, CDU: »Europa ist ein Sanierungsfall«, Focus vom 29.5.2013

EU-Kommissar Günther Oettinger hat die EU als Sanierungsfall bezeichnet. Manche Mitgliedsländer seien kaum regierbar und Brüssel habe die schlechte Lage nicht genügend erkannt. Auch an der Bundesregierung übt Oettinger Kritik.

EU-Kommissar Günther Oettinger hat sich in einer Rede vor der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer (debелux-AHK) sehr besorgt über die Lage in Frankreich und anderen EU-Ländern geäußert, wie die Zeitung »Bild« in ihrer Mittwochs Ausgabe berichtet. »Europa ist ein Sanierungsfall«, zitierte das Blatt Oettinger. »Mir macht Sorge, dass derzeit zu viele in Europa noch immer glauben, alles werde gut.« Brüssel habe »die wahre schlechte Lage noch immer nicht genügend erkannt«. Statt die Wirtschafts- und Schuldenkrise zu bekämpfen, zelebriere Europa »Gutmenschentum« und führe sich als »Erziehungsanstalt« für den Rest der Welt auf.

Auch die Lage in einigen EU-Mitgliedsländern sei besorgniserregend. »Mir machen Länder Sorgen, die im Grunde genommen kaum regierbar sind: Bulgarien, Rumänien, Italien«, zitierte die Zeitung Oettinger. Dazu komme, dass in vielen Ländern EU-kritische Bewegungen stärker würden. In Großbritannien regiere Pre-

mier Cameron mit einer »unsäglichen Hinterbank, seiner englischen Tea-Party«. (...) Besorgt äußerte sich Oettinger dem Blatt zufolge auch zur wirtschaftlichen Lage Frankreichs. Das Land sei »null vorbereitet, auf das, was notwendig ist«, sagte der deutsche EU-Kommissar. Frankreich brauche eine Agenda 2010 »mit Rentenreform, was in Wahrheit Rentenkürzung heißt, längere Lebensarbeitszeit, Staatsquote runter«. Frankreich habe eine Staatsquote von 57 Prozent, die Zahl der Staatsdiener sei doppelt so hoch wie im EU-Schnitt. Aber es gebe »keinen Mittelstand und wenig Innovation«.

Heftige Kritik übte Oettinger der Zeitung zufolge an der Situation in Deutschland. »Deutschland ist auf dem Höhepunkt seiner ökonomischen Leistungskraft. Stärker wird Deutschland nicht mehr.« Das habe auch mit der Tatsache zu tun, dass in Berlin »mit Betreuungsgeld, Frauenquote, Mindestlohn und Nein zum Fracking die falsche Tagesordnung« bearbeitet werde. Dadurch drohe »ein Teil dessen, was an Wettbewerbsfähigkeit und Agenda 2010 im Zuge der letzten Jahre erreicht worden ist«, wieder preisgegeben zu werden.« (...)

© www.focus.de/politik/ausland/europa-ist-ein-sanierungsfall-eu-kommissar-oettinger-haelt-einige-eu-staaten-fuer-kaum-regierbar_aid_1000811.html

M 4 EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, SPD: »Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance« (2013)

Wir können uns dazu entscheiden, die europäische Einigung wieder zurückzudrehen, und den Weg der Renationalisierung einzuschlagen. Das ist möglich und ist im Zuge der Krise auch immer wieder diskutiert worden. Es gibt im rechten wie im linken politischen Lager viele Menschen, die das aus sehr unterschiedlichen Gründen befürworten. Den einen passt es nicht, dass der Nationalstaat an Einfluss verliert, der ihnen bislang ein Gefühl der Sicherheit in einer immer unüberschaubaren Welt vermittelte. Ich verstehe, dass dies als Verlust empfunden wird, denn wahrscheinlich bleibt der Nationalstaat auch in den kommenden Jahren einer der entscheidenden Referenzpunkte, wenn es um die Identität und das Zusammengehörigkeitsgefühl von Menschen geht. (...) Andere wenden sich gegen die europäische Integration, weil sie ein Aushöhlen demokratischer und sozialer Grundrechte durch Europa befürchten und in der EU ein neoliberales Projekt sehen. In den Nationalstaaten hat es Jahrzehnte und unzählige politische Kämpfe gebraucht, um unsere heutigen Grundrechte und das derzeitige hohe Niveau an sozialer Sicherheit zu etablieren – manche sehen diese Errungenschaften nun durch ein Europa gefährdet, das Deregulierung, Privatisierung und die Ökonomisierung vieler Lebensbereiche vorantreibt. Auch diese Sorge kann ich zunächst verstehen, denn innerhalb der EU tobt ebenso wie in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten ein Kampf darum, ob und wie wir unser Sozialstaatsmodell verteidigen können und wollen. Und vor allem in der Kommission sitzt mancher Beamter, der vom Deregulierungswahn noch immer geradezu besessen ist. (...) Ich dagegen will, dass wir die EU besser machen. Warum sollten wir das weitverbreitete Unbehagen über dieses Europa nicht aufnehmen und konstruktiv nutzen können? (...) Hierfür müssen wir Richtungsentscheidungen treffen. Es geht nicht um die Frage, ob wir »mehr Europa« wollen – das ist zu simpel. Wir müssen uns schon die Mühe machen, genauer zu definieren, an welcher Stelle wir mehr Europa wollen. Aus meiner Sicht brauchen wir mehr Europa vor allem bei Handels- und Währungs-



M 5 Der Vorsitzende der britischen UKIP, UK Independence Party, Nigel Farage leitet eine Sitzung von EU-Parlamentariern der Fraktion EFD, »Europa der Freiheit und Demokratie«, im Europäischen Parlament in Straßburg am 12.4.2013. Umstritten ist, ob es eine stabile rechtspopulistische Parteiengruppierung auf europäischer Ebene gibt bzw. geben kann.
© Lucas Schifres, Pictobank, dpa, picture alliance

fragen, bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik und bei der Umwelt- und Migrationspolitik. Wir werden uns auch Gedanken machen müssen, wie wir die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte wieder bändigen und unsere sozialen Sicherungssysteme im 21. Jahrhundert bewahren können. In keinem dieser Felder kann ein einzelner europäischer Staat allein noch effektiv etwas erreichen. Auch in der Außenpolitik brauchen wir Europa, wenn unsere Vorstellungen von einer gerechten und friedlichen Welt in der globalen Diskussion gehört werden sollen. (...) Um all das Genannte zu tun, werden wir die Struktur der EU deutlich effizienter machen müssen. Die Politik muss wieder in die Lage versetzt werden, gegenüber multinationalen Konzernen und Fonds, die Milliardenbeträge zur Verfügung haben, ihren Primat durchzusetzen und zu behaupten. Das können wir nur, wenn die einzelnen EU-Mitgliedsländer sich nicht mehr so einfach wie bisher von anderen Staaten oder großen ökonomischen Playern gegeneinander ausspielen lassen. Dafür müssen die EU-Gemeinschaftsinstitutionen gestärkt werden, also das Europäische Parlament, die Kommission und der Ministerrat. Die Kommission wird dann zur europäischen Regierung und der Kommissionspräsident in Personalunion der Präsident des Europäischen Rats. (...) Wenn wir diese Reformen anpacken, werden wir dies über einen neuen europäischen Vertrag regeln müssen. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, um über Strukturen und Kompetenzordnungen zu entscheiden. Der neue Vertrag muss von einem Konvent ausgearbeitet werden, in dem die europäischen Institutionen, nationale Parlamentarier, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen eingebunden sind. Diejenigen Länder, die den Vertrag nicht ratifizieren, sollten dann automatisch aus der EU ausscheiden. (...) Ich würde mir wünschen, dass dann in den Gesellschaften eine ernsthafte Debatte darüber geführt wird, ob ein Austritt aus der EU eine ernsthafte Option ist.

© Schulz, Martin (2013): Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance. Rowohlt. Berlin. S. 249–260